

NACHRICHTEN

Alkoholgesetz soll in zweite Runde

BERN sda/red. Die Finanzkommission des Nationalrates beantragt, das total revidierte Alkoholgesetz an den Bundesrat zurückzuweisen. Die Vorlage müsse überarbeitet werden, verlangt die Kommission. So soll das Verbot, auf Tankstellen an Autobahnen und in Raststätten Alkohol auszuschenken, aufgehoben werden. Zudem dürften die Erträge der Kantone aus der Alkoholsteuer nicht sinken.

Mehrwertsteuer: Weiter drei Sätze

BERN sda. Die Finanzkommission des Nationalrates ist dagegen, dass es künftig nur noch zwei statt drei verschiedene Mehrwertsteuersätze gibt. Sie beantragt der zuständigen Wirtschaftskommission, die Vorlage des Bundesrates abzuändern. Damit stellt sich die Kommission gegen einen früheren Entscheid des Parlamentes. Dieses hatte einen Einheitssatz abgelehnt und vom Bundesrat ein Modell mit zwei Steuersätzen verlangt.

Schule soll auf Beruf vorbereiten

BERN sda. Die SVP verlangt, dass Schüler in der Volksschule auf die Anforderungen vorbereitet werden müssen, die diese in der Berufslernlehre zu erfüllen haben. Die Partei hat ein Grundlagenpapier erarbeitet, das sie im Juni an einem Sonderparteitag diskutieren will.

Abfindung stösst auf Widerstand

VERWAHRTE Verdingkinder und andere Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen fordern auch eine finanzielle Wiedergutmachung. Das findet nicht überall Anklang.

EVELINE RUTZ
eveline.rutz@luzernerzeitung.ch

Es sind viele Tränen geflossen, als sich Bundesrätin Simonetta Sommaruga am Donnerstag bei den Opfern von fürsorglichen Zwangsmassnahmen offiziell entschuldigte. Über 700 Betroffene wohnten der Zeremonie im Berner Casino bei. Für viele war der Gedenk Anlass zwar ein bedeutender, aber nur ein erster Schritt. Sie verlangen auch eine finanzielle Wiedergutmachung.

«Viele am Existenzminimum»

«Viele Betroffene leben am Existenzminimum», sagt Sergio Devecchi, ein ehemaliger Heimhub. Insbesondere Verdingkinder verfügten oft nur über eine bescheidene Altersvorsorge und seien auf Ergänzungsleistungen angewiesen. «Da ist finanzielle Hilfe nötig.»

Finanzielle Entschädigungen stehen für Devecchi indessen nicht im Vordergrund. Als ebenso zentral erachtet er es, dass noch vorhandene Akten zugänglich gemacht und die Fälle historisch aufgearbeitet werden. «Dieses dunkle Kapitel der Sozialgeschichte muss künftig auch in Schulbüchern thematisiert werden.»

Ein Fonds für Härtefälle

Ursula Biondi, Vorstandsmitglied des Vereins Ravia (Rehabilitation der administrativ Versorgten), kämpft für einen



Bern, 11. April 2013: Bundesrätin Simonetta Sommaruga spricht mit Opfern fürsorglicher Zwangsmassnahmen.

Keystone/Peter Klauzner

Härtefall-Fonds. Betroffene, die in Armut lebten, seien zielgerichtet zu unterstützen, auch mit therapeutischer Begleitung. «Sie sollen ihren Lebensabend in Würde verbringen.» Der Staat könne sich damit nicht freikaufen, er könne jedoch ein Zeichen setzen, dass er sein Versagen in der Vergangenheit tatsächlich anerkenne und bereit sei, heute Hilfe zu leisten.

Biondi fordert zudem Rückerstattungen. Jugendliche, die zur «Nacherziehung» in Strafanstalten gesperrt wurden, mussten Zwangsarbeit leisten. Meistens mussten ihre Angehörigen dafür sogar noch «Pflegekosten» bezahlen. «Das war für den Staat ein lukratives Geschäft.»

Nun müsse er das Geld, welches den Betroffenen gehöre, zurückzahlen.

Historische Aufarbeitung geplant

Was die administrativ Versorgten betrifft, ist die Rehabilitierung auch auf juristischer Ebene am Laufen. Ein Bundesgesetz, das auf einen Vorstoss des St. Galler Ständerates Paul Rechsteiner (SP) zurückgeht, war eben in der Vernehmlassung. Finanzielle Ansprüche werden darin allerdings nicht berücksichtigt, um seine Chancen im Parlament zu erhöhen.

Das Bundesgesetz regelt unter anderem die historische Aufarbeitung sowie den Zugang zu Akten. «Die Gesellschaft

muss sich dieses Unrechts bewusst werden», argumentiert Rechsteiner. Damit werde ein wichtiger Prozess in Gang gesetzt. Einzelne Kantone und Städte hätten bereits Bereitschaft signalisiert, Härtefälle finanziell zu unterstützen. «Sie haben schon heute die Möglichkeit dazu.»

Bürgerliche sind kritisch

Das Thema einer finanziellen Entschädigung wird an einem nationalen

«Man kann das Unrecht nicht mit Geld wiedergutmachen.»

TONI BOTOLUZZI,
NATIONALRAT (SVP, ZÜRICH)

runden Tisch zur Sprache kommen, den der Urner alt Ständerat Hansruedi Stadler leiten wird. Markus Ritter, Präsident des Bauernverbands, zeigt sich zurückhaltend. «Wir werden uns an dieser Diskussion beteiligen.» Es gelte aber, die Frage der Entschädigung differenziert anzugehen. Die Lebensgeschichten der Betroffenen seien sehr unterschiedlich. «Man kann das Unrecht nicht mit Geld wiedergutmachen», sagt der Zürcher SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi. Heute be- und verurteile man das Verhalten der damaligen Behörden aus einem anderen Zeitgeist heraus. Finanzielle Entschädigungen kämen zudem einem Schuldeingeständnis gleich, sagt Ständerat Alex Kuprecht (SVP, Schwyz).

Der ehemalige Heimhub Devecchi ist sich bewusst, dass konkrete Schritte Zeit brauchen. «Bund, Kantone, Gemeinden und die Kirchen werden diese heisse Kartoffel hin- und herschieben.»

Gotthard-Kantone fordern Bahnausbau

NEAT Ohne leistungsfähige Zufahrtsstrecken bleibe der Basistunnel ein Stückwerk. Das Parlament müsse daher rasch korrigierend eingreifen, argumentieren die Kantone.

sda/red. Die 13 Gotthardkantone drängen darauf, beim Ausbau der Zufahrtsachsen zum Gotthard-Basistunnel endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Der Verkehr durch den Basistunnel könne nur bewältigt werden, wenn rechtzeitig Zufahrtskapazitäten bereitgestellt werden. Ins Gebet nehmen die Gotthardkantone dabei vor allem den Nationalrat. Die Grosse Kammer müsse nun bei der bevorstehenden Beratung der Vorlage zur Finanzierung und zum Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (Fabi) den vom Ständerat vorgezeichneten Weg weiterverfolgen.

Vom Bundesrat enttäuscht

Diesen Appell beschlossen die Gotthardkantone an ihrer gestrigen Generalversammlung in Altdorf. Das Gotthard-Komitee sei enttäuscht, dass Fabi im ersten Ausbauschnitt keine Massnahmen zur substanziellen Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Gotthard-Achse vorsehe.

So fehlten auf unbestimmte Zeit beidseits der Basistunnels am Gotthard und am Ceneri leistungsfähige Zufahrten, heisst es in der Mitteilung weiter. Diese Zufahrten sollten dafür sorgen, dass die wichtige Verlagerung des Transitgüterverkehrs nicht zu einer Verdrängung des Personenfern- und -regionalverkehrs führe. Gestern liessen sich die Vertreter von Jeannine Pilloud, Leiterin Personenverkehr SBB, auch über den Stand der Planung beim Personenverkehrskonzept am Gotthard informieren.

Vier-Meter-Korridor reicht nicht

Der geplante Vier-Meter-Korridor für den Schienengüterverkehr sei eine unverzichtbare Sofortmassnahme. Diese

könne aber nur kurzfristig die Nachfrage nach Güterverkehrskapazitäten decken. Für die Ermittlung der mittelfristig benötigten Kapazitäten sei ein umfassendes Güter- und Personenverkehrskonzept für die beiden Nord-Süd-Achsen nötig. Dieses müsste auch Aussagen über eine neue Juraquerung, den Ausbau am Axen und die Zufahrten südlich des Gotthards enthalten, argumentiert das Gotthard-Komitee. Die Notwendigkeit dieser und anderer Projekte zur Sicherstellung einer multifunktionalen Nord-Süd-Achse habe das Gotthard-Komitee in seiner «Erklärung von Bellinzona» zu Händen des Bundesrates aufgezeigt.

Nationalrat in der Pflicht

Der Ständerat hatte der Fabi-Vorlage während der letzten Wintersession ohne Gegenstimme zugestimmt und gleichzeitig gegenüber dem Vorschlag des Bundesrates eine grosszügigere und teurere Variante gewählt. Diese sieht zusätzliche von den Kantonen gewünschte Projekte vor, vor allem in der Ostschweiz.

Das sei ein Schritt in die richtige Richtung, argumentieren die Gotthardkantone und appellieren an den Nationalrat, diese Haltung im Sinne eines «sich am Machbaren orientierenden Kompromisses» mitzutragen. Die nationalrätliche Verkehrskommission (KVF) schloss sich inzwischen dem Ständerat an. Wann der Nationalrat als Zweirat das Geschäft behandelt, ist noch nicht bekannt.

Das Gotthard-Komitee ist eine Interessengemeinschaft von Kantonen und Wirtschaft im Einzugsgebiet der Gotthard-Achse. Das gemeinsame Ziel ist die Sicherstellung eines leistungsfähigen und umweltverträglichen Verkehrs über diese Transitachse. Dem Gotthard-Komitee gehören die 13 Kantone Zürich, Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Zug, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Tessin und Schaffhausen sowie mehrere Städte und Verkehrsvereine an. Mitglieder des Komitees sind auch einige kantonale Handlungskammern.

ANZEIGE

RANGE ROVER EVOQUE
ERWARTEN SIE DAS UNERWARTETE.

Er ist eines der aufregendsten Fahrzeuge seiner Generation – da dürfen Sie ruhig etwas mehr erwarten, in der Stadt wie im Gelände. Denn mit Terrain Response®, Adaptive Dynamics und seinen effizienten Motorisierungen ist der Range Rover Evoque im Herzen ein waschechter Land Rover, als Coupé wie als 5-Türer. Steigen Sie ein und erleben Sie bei einer Probefahrt selbst, warum der Range Rover Evoque seit dem ersten Tag so erfolgreich ist. Jetzt bei Ihrem Land Rover-Fachmann.

www.landrover.ch

3.9%*
LEASING



ABOVE AND BEYOND





Film anschauen



facebook.com/LandRoverSchweiz

*Abgebildetes Modell: Range Rover Evoque 2.2 eD4 Dynamic, 5-Türer, man., 2WD, 150 PS/110 kW, Gesamtverbrauch 5.0 l/100 km, Ø CO₂-Emission 133 g/km, Energieeffizienz-Kategorie A, Ø CO₂-Emission aller in der Schweiz angebotenen Fahrzeuge 153 g/km. Basispreis CHF 54'500.– mit Zusatzausstattung CHF 780.–. Leasing gültig bis 30. April 2013, Berechnungsbeispiel: Sonderzahlung 10% der Basispreisempfehlung, Laufzeit 48 Monate, 10'000 km/Jahr, effektiver Jahreszins 3.97%, Kautions 5%, obligatorische Vollkasko nicht inbegriffen. Leasingrate monatlich CHF 641.– inkl. MWSt. Kreditvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt.